

Renate Künast, Grünes Bündnis Deutschland

«Die Schweiz ist ein Leuchtturm»

Die gentechfreien Regionen seien im Aufschwung. Und die Schweiz beflügelt diese Tendenz, sagt die frühere deutsche Landwirtschaftsministerin Renate Künast.

INTERVIEW VON KARI KÄLIN

Renate Künast, in der Schweiz gilt bis 2010 ein Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen, der Bundesrat will das vom Volk erwünschte Moratorium bis 2013 verlängern. Eine gute Nachricht?

Renate Künast*: Ja. Die Schweiz ist ein Leuchtturm. Die Bürger, Bauern und Konsumenten wollen selber bestimmen, was auf den Teller kommt. Die Schweiz stärkt uns im Kampf gegen die Agro-Gentechnik.

Sind wir für Deutschland und die EU ein Vorbild, sozusagen eine gentechfreie Oase?

Künast: Hier blüht in der Schweiz tatsächlich eine Oase – auch dank dem Volksentscheid. Diese Möglichkeit haben wir leider nicht. Aber trotzdem ist in Deutschland und Europa unsere Bewegung im Vormarsch. Immer mehr Regionen erklären ihr Territorium öffentlich zu gentechnikfreien Zonen.

Was ist so schlimm an der Gentechnik?

Künast: Es geht um eine Grundsatzfrage.

Erklären Sie.

Künast: Wir müssen uns überlegen, wie wir in der Schweiz, in Europa, auf der ganzen Welt die Ernährung der Bevölkerung sichern wollen. Wir wollen, dass die Menschen frei entscheiden können, was sie essen – sei das in der Schweiz oder in Indien. Wenn aber im grossen Stil gentechnisch manipulierte Pflanzen angebaut werden, ist diese Wahlfreiheit nicht mehr garantiert, weil sich die Pollen mit anderen Pflanzen der gleichen Art zu kreuzen drohen. Ich trete ein für den Respekt vor der Natur und die natürliche Erhaltung unserer Lebensgrundlagen.

Und die Gentechnologie kommt Ihnen dabei in die Quere?

Künast: Die Gentech-Lobby tut alles, um ihren Produkten zum Durchbruch zu verhelfen. Sie bringt mit ihrem Saatgut aber nicht nur die Bauern in eine untragbare Abhängigkeit, sondern

greift massiv in die Natur ein. Die genmanipulierte Maissorte MON 810 des US-Saatgutkonzerns Monsanto, die in Deutschland erst vor wenigen Tagen verboten wurde, enthält in jeder Zelle ein Insektengift. Dieses ist weit davon entfernt, nur den Schädling, den Maiszünsler, zu bekämpfen. Auch Köcherfliegenlarven werden geschädigt. Wer weiss, was mit Ameisen oder Marienkäfern passiert?

Was hilft die Konferenz der gentechnikfreien Regionen für Ihren Kampf?

Künast: Hier in Luzern treffen sich viele gleichgesinnte Gruppen, die sich freiwillig engagieren, sie unterstützen einander und sprechen ihr Vorgehen ab. Wir haben einen Werkzeugkasten mit vielen Instrumenten, um gentechnikfreie Äcker, Teller und Futtertröge durchzusetzen.

«Die 500 Millionen Konsumenten in Europa können sich mit Messer und Gabel gegen genmanipuliertes Essen wehren.»

RENATE KÜNAST, GRÜNES BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Nämlich?

Künast: Die 500 Millionen Konsumenten in Europa können sich mit Messer und Gabel gegen genmanipuliertes Essen wehren. Die Bauern achten darauf, dass kein

genmanipuliertes Futter in den Trögen landet, und wir führen eine öffentliche Debatte.

2005 wurden in Europa knapp 55 000 Hektaren mit genmanipulierten Pflanzen bebaut, 2007 waren es schon 110 000 Hektaren. Sie scheinen auf verlorenem Posten zu sein.

Künast: Selbst wenn die Anbaufläche steigt; unsere Bewegung wächst schneller. Wir sind im Aufwind. Nach dem Anbauverbot für Monsanto-Mais fallen in Deutschland 3000 Hektaren weg. Es gibt immer mehr kri-



Renate Künast, die grüne deutsche Politikerin, gestern in Luzern.

BILD MISCHA CHRISTEN

EXPRESS

- In Luzern findet bis heute die 5. europäische Konferenz der gentechfreien Regionen statt.
- Die Gentechnik helfe nicht im Kampf gegen Hunger, sagt Renate Künast.

tische Leute, die den Heilsversprechen der Gentech-Lobby keinen Glauben schenken.

Gestern äusserte sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel deutlich gegen ein Gentech-Verbot in der Landwirtschaft.

Künast: Merkel tut so, als würde sie sich kritisch mit dieser Frage befassen. In Wahrheit steht sie aber klar für den Anbau grüner Gentechnik. Die Kanzlerin stellt sich damit auf die Seite der grossen Saatgutkonzerne und gegen die Natur und die Verbraucher.

Ist es angesichts der wachsenden Bevölkerung und der Nahrungsmittelkrise, die letztes Jahr einer breiten Öffentlichkeit bewusst worden ist, nicht zynisch, auf die Gentechnik zu verzichten?

Künast: Die Gentechnik hilft nicht beim Kampf gegen den Hunger. Die Menschen in den Entwicklungsländern benötigen keine Gentechnik, sondern Hilfe bei der konventionellen Pflanzenzüchtung. Sie brauchen Zugang zu Land, Wasser und Saatgut sowie ein breites Wissen über das Anpflanzen von Nahrungsmitteln.

HINWEIS

► * Renate Künast (53) ist Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und war von 2001 bis 2005 Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. ◀

Die Gentech-Gegner verspüren Aufwind

Bis 27. November 2010 gilt in der Schweiz das fünfjährige Moratorium für genmanipulierte Pflanzen. Der Bundesrat möchte die Frist um drei Jahre erstrecken. Ein wichtiger Grund: Die Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogrammes über Nutzen und Risiken werden erst auf Mitte 2012 erwartet. Die Botschaft wird voraussichtlich in der Herbst- oder Wintersession im Parlament beraten. Gestern waren sich die Teilnehmer der 5. Konferenz der gentechnikfreien Regionen in Luzern einig: Eine Verlängerung ist eine gute Sache.

Bestärkt fühlen sie sich durch eine Erfolgsmeldung aus den eigenen Reihen. 196 Regionen aus 22 EU- und 6 Nicht-EU-Ländern haben sich heute zu gentechnikfreien Zonen erklärt – das sind 30 mehr als noch 2007. In der Schweiz haben sich bis heute 84 Gemeinden dieses Label umgehängt, unter anderem Luzern. Die Gentechnikgegner verspüren Aufwind, seit neben Österreich, Ungarn, Frankreich und Griechenland kürzlich auch Luxemburg und Deutschland den Anbau der genmanipulierten Maissorte MON 810 des US-Saatgutherstellers Monsanto verboten haben.

Weniger Freude an diesen Nachrichten hat Arthur Einsele. Der Mediensprecher des «Forum Biotechnologie und Nahrung» sagt: «Der fragliche Mais wird seit 1995 angebaut. Es handelt sich um eines der sichersten Produkte überhaupt. Untersuchungen dazu füllen ganze Bibliotheken.»

«Wahlfreiheit wird beschnitten»

Die Einwände der Gentech-Gegner, die Bauern würden von den Saatgutherstellern abhängig, sind für Einsele «eine Leier». Schon heute müssten Landwirte jedes Jahr für Hybridpflanzen wie Mais

neues Saatgut kaufen. «Das Moratorium beschneidet die Wahlfreiheit der Bauern, sich für die Gentechnologie zu entscheiden.» Umfragen in Frankreich, Spanien, Italien und Ungarn würden bestätigen, dass die Landwirte selbst über den Einsatz von genmanipuliertem Mais entscheiden wollten. *ka*



Bonus: Links mit Informationen zum Konferenzprogramm in Luzern, den gentechnikfreien Regionen und den Gentechnik-Befürwortern gibt es auf www.zisch.ch/bonus.

ETH-Rat

Bildung gegen Krise

ap. Spitzenausbildung ist aus Sicht des ETH-Rats angesichts der momentanen Krisenzeiten besonders wichtig. Der Stellenwert der Ausbildung werde unterschätzt, sagte Ratspräsident Fritz Schiesser gestern in Bern. Von grosser Bedeutung sei die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

«Wichtige Konjunkturförderung»

«Die Ausbildung hervorragender Spezialistinnen und Spezialisten für die Praxis ist wohl der wichtigste Beitrag an die Konjunktur von morgen», zeigte sich alt Ständerat Schiesser an der Jahresmedienkonferenz des ETH-Rats überzeugt. Kooperationsprojekte wie das der ETH Zürich mit IBM für die Erstellung und Nutzung eines neuen

Reinraumlabor oder die privat finanzierte Einrichtung zahlreicher innovativer Lehrstühle an der ETH Lausanne (EPFL) belegten die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Zudem werde die Infrastruktur der Forschungsanstalten PSI, WSL, Empa und Eawag oft von Privaten für Arbeiten an Innovationsprojekten genutzt. Der vielfältige Beitrag der ETH an die Innovationskraft, zu dem auch die Gründung von Spin-off und Start-up-Unternehmen gehöre, sei noch zu wenig bewusst und müsse stärker unterstrichen werden, sagte Schiesser. Für die Stärkung des Denk- und Forschungsplatzes Schweiz ist laut dem ETH-Ratspräsidenten zentral, die wachsende internationale Konkurrenz scharf im Auge zu behalten.

ANZEIGE



KAWA DESIGN
KÜCHEN
BÄDER
RAUM
www.kawa-design.ch
6242 Wauwil Tel. 041 984 28 00
Besuchen Sie unsere Ausstellung

Senioren

Gegen Solidaritätsopfer für Junge

Viele Senioren lebten finanziell gut abgesichert, lautet die These einer Studie der Universität Genf. Stimmt so nicht, sagt der Seniorenrat.

ap. Der Schweizerische Seniorenrat (SSR) wehrt sich gegen die Idee eines Solidaritätsbeitrages von Rentnern an arme Erwerbstätige. Unter den Rentnerinnen und Rentnern gebe es ähnlich viele Arme und ähnlich viele Reiche wie unter den Erwerbstätigen, erklärte gestern der SSR. Ein Solidaritätsbeitrag sei deshalb unhaltbar.

Es gibt auch arme Senioren

Der Seniorenrat kritisierte vor den Medien in Bern konkret eine Studie der Universität Genf zur wirtschaftlichen Situation von Rentnern. Sie hatte vor einem Jahr eine relativ komfortable wirtschaftliche Situation der Senioren bekannt gemacht und zum Vorschlag eines generationenübergreifenden Solidaritätsbeitrages geführt.

Der Seniorenrat zieht aus den Daten der Genfer Studie jedoch andere Schlüsse. In einer Zweitanalyse durch eine SSR-interne Arbeitsgruppe streicht der SSR heraus, dass den rund 15 Prozent armutsgefährdeten Erwerbstä-

tigen ebenso viele armutsgefährdete Rentner gegenüberstehen. Die Anteile der Personen mit bedeutenden finanziellen Mitteln wiederum betragen bei den Erwerbstätigen 17,4 Prozent und bei den Rentnern 16 Prozent.

Andere Umverteilung prüfen

Eine Umverteilung wäre deshalb einzig zwischen begüterten und armen Erwachsenen angebracht, argumentiert



Wer die Hände in den Schoss legen kann, hat nicht in jedem Fall viel Geld.

BILD ALEXANDRA WEY

der SSR. Nämlich allein aufgrund der wirtschaftlichen Situation, unabhängig vom Alter oder vom Status als Erwerbstätiger oder Rentner.

Der SSR fordert zudem, dass die AHV gestärkt und die Umverteilung der Ressourcen zwischen den Generationen beibehalten wird. Eine ebenfalls vom SSR in Auftrag gegebene Literaturrecherche durch Professor Walter Rehberg von der Fachhochschule St. Gallen kommt zu ähnlichen Schlüssen. Laut Rehberg ist die ältere Generation durch den Ausbau der Rentensysteme zwar deutlich besser gestellt als früher. Das Problem Altersarmut bestehe aber weiterhin. Im Jahr 2007 haben gemäss Rehberg 12 Prozent der Altersrentner Ergänzungsleistungen beziehen müssen. Dieser Anteil sei von 2000 bis 2007 kontinuierlich angestiegen.

Im Schweizerischen Seniorenrat sind über 50 Seniorenorganisationen zusammengeschlossen. Neben seiner offiziellen Aufgabe als beratendes Organ des Bundesrats in Altersfragen vertritt der Rat die Anliegen älterer Menschen gegenüber Bund, Verbänden, Institutionen und der Öffentlichkeit.



Bonus: Die umfassende Gegenthese des Seniorenrates finden Sie unter www.zisch.ch/bonus.